Amt, Datum, Telefon

200 Amt für Finanzen und Beteiligungen, 06.01.2009, 51-2127

Drucksachen-Nr.

6335/2004-2009

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	20.01.2009	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Haushaltsplan 2009 ff; Veränderungsliste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes

Beschlussvorschlag:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2009 mit den Plandaten für die Jahre 2009 bis 2012 mit folgenden Veränderungen zu beschließen:

1. Die Haushaltsansätze für die Gewerbesteuer und die Gewerbesteuerumlagen (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) werden für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahmen 1 – 3 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste):

   Gewerbesteuer:
   2009 = 199.000.000 € (statt 202.000.000 €)
   2010 = 205.000.000 € (statt 201.000.000 €)
   2011 = 211.000.000 € (statt 201.500.000 €)
   2012 = 219.000.000 € (statt 224.000.000 €)

   Gewerbesteuerumlage:
   2009 = 14.639.080 € (statt 14.859.770 €)
   2010 = 16.494.253 € (statt 16.172.414 €)
   2011 = 16.977.011 € (statt 16.212.644 €)
   2012 = 17.620.690 € (statt 18.022.989 €)

   Beteiligung Fonds Deutsche Einheit:
   2009 = 16.011.494 € (statt 16.252.874 €)
   2010 = 16.022.989 € (statt 15.710.345 €)
   2011 = 16.491.954 € (statt 15.749.492 €)
   2012 = 17.117.241 € (statt 17.508.046 €)

2. Der Haushaltsansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) wird für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahme 11 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste):

   2009 = 110.800.000 € (statt 112.750.000 €)
   2010 = 117.669.600 € (statt 119.650.000 €)
   2011 = 125.318.124 € (statt 127.350.000 €)
   2012 = 132.711.893 € (statt 134.750.000 €)

3. Die Haushaltsansätze für die Ansätze des Finanzausgleichs (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) werden für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahme 7 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste) :

   Schlüsselzuweisungen:
   2009 – 2012 = jeweils 105.905.501 (statt 102.899.370 €)

   Investitionspauschale:
   2009 – 2012 = jeweils 7.495.760 € (statt 7.175.022 €)

   Schulpauschale:
   2009 – 2012: jeweils 11.144.858 € (statt 10.035.759 €)

4. Der Haushaltsansatz für die Landschaftsumlage (Produktgruppe 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft) wird für den Planungszeitraum wie folgt festgesetzt (Maßnahme 7 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste):

   2009 – 2012 = jeweils 68.818.006 € (statt 68.850.000 €)

5. Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.08 – Personalmanagement - wird gegenüber dem Entwurf um den Betrag von 0,5 Mio. € bei den ordentlichen Aufwendungen (Personalaufwendungen) reduziert (Maßnahme 8 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste).

6. Die durch den Wechsel des Mobilfunkanbieters und der Kostenentwicklung bei der TK-Anlage entstehenden Einsparungen in Höhe von 100.000 € sind in allen betroffenen Produktgruppen umzusetzen (Maßnahme 9 der als Anlage beigefügten Veränderungsliste).

Begründung:

Teil 1 – Allgemeines –

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2009 mit dem Planungszeitraum 2009 – 2012 wurde am 20.11.2008 in den Rat der Stadt eingebracht. Im Zeitraum zwischen Auf- und Feststellung und Einbringung des Entwurfs waren weitere gravierende Haushaltsverschlechterungen (insbesondere Auswirkungen Steuerschätzung und Reduzierung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft) eingetreten, die im Ergebnis bereits ab dem Jahr 2009 die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts zur Folge gehabt hätten. Um dies zu vermeiden sollte die Verwaltung bis Januar eine Veränderungsliste erstellen, die den eingebrachten Haushaltsplanentwurf ergänzt. In der Folge wurden unter Beteiligung aller Dezernate zusätzliche Konsolidierungsmöglichkeiten erarbeitet. Insbesondere durch eine Neukalkulation der Steueransätze auf Grundlage des voraussichtlichen Rechnungsergebnisses 2008, einer positiveren Entwicklung beim Finanzausgleich 2009 und bei der Gewinnabführung der Sparkasse sowie durch die Umsetzung geplanter Konsolidierungsmaßnahmen im Dezernat 5 können die zwischenzeitlich aufgetretenen Verschlechterungen kompensiert werden.
Das Ziel, ein Haushaltssicherungskonzept ab 2009 zu vermeiden, kann mit den in der beigefügten Liste aufgeführten Maßnahmen erreicht werden. Als Grundlage in den anstehenden Etatberatungen in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen dient nunmehr der eingebrachte Entwurf in Verbindung mit der vorliegenden Veränderungsliste.

Teil 2 – Begründung zu den im Finanz- und Personalausschuss zu beschließenden Maßnahmen –

Zu 1.

Unter Berücksichtigung der Prognosen aus der Steuerschätzung von November 2008 hätte der Ansatz für die Gewerbesteuer auf rd. 189,0 Mio. € reduziert werden müssen. Im Hinblick auf das sich abzeichnende tatsächliche Rechnungsergebnis 2008 in Höhe von rd. 228 Mio. € mit Gewerbesteuernachzahlungen in Höhe von 64 Mio. € war die ursprüngliche Kalkulation, die von einem massiven Rückgang der Nachzahlungsbeträge auf nur noch 31 Mio. ausging, jedoch nochmals zu überprüfen. Nach jetzigem Stand wird angenommen, dass sich die Gewerbesteuervorauszahlungen (2008 = rd. 164 Mio. €) um 4% gemäß der aktuellen Steuerschätzung auf 158 Mio. € reduzieren; entgegen der ursprünglichen Planung werden jedoch noch Nachzahlungen in Höhe von rd. 41 Mio. € erwartet, so dass sich ein Ansatz in Höhe von 199 Mio. € für 2009 ergibt. Für die Jahre ab 2010 wird auf Basis dieses Ansatzes ohne Differenzierung nach Vorauszahlzungen und Nachzahlungen mit Steigerungsraten in Höhe der Hälfte der Werte gemäß der Steuerschätzung von Mai 2008 gerechnet.
Die Gewerbesteuerumlage sowie die Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit folgen der Neukalkulation des jeweiligen Gewerbesteueransatzes.

Zu 2.

Der Ansatz 2009 für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer musste auf Grundlage des voraussichtlichen Rechnungsergebnisses 2008 und der Steuerschätzung von November 2008 neu kalkuliert werden. Die Ansätze für die Folgejahre wurden auf dieser Basis unter Berücksichtigung der Werte aus der Steuerschätzung von Mai 2008 ermittelt.

Zu 3.

Die dargestellten Ansätze beruhen auf der 2. Modellberechnung des Landes vom 02.12.2008 zum Finanzausgleich 2009.

Zu 4.

Aufgrund des bei der Stadt Bielefeld Mitte Dezember eingegangenen Bescheides zur vorläufigen Festsetzung der Landschaftsumlage 2009 kann die in der Veränderungsliste (Maßnahme 10) dargestellte Verbesserung nicht erreicht werden. Ursächlich hierfür sind veränderte Umlagegrundlagen. Der Hebesatz für die Landschaftsumlage wurde vorläufig auf 15,2% festgesetzt.

Zu 5.

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.08 – Personalmanagement - wird gegenüber dem Entwurf um den Betrag von 0,5 Mio. € bei den ordentlichen Aufwendungen (Personalaufwendungen) gekürzt. Es wird erwartet, dass aufgrund eines neuen Gutachtens zum 31.12.2008 die geplante Zuführung zur Pensionsrückstellung um diesen Betrag niedriger ausfällt.

Zu 6. Durch den Wechsel des Mobilfunkanbieters können Einsparungen erzielt werden, die bislang noch nicht in den betroffenen Produktgruppen umgesetzt werden konnten. Gleiches gilt für die Minderaufwendungen, die durch eine positive Kostenentwicklung bei der neuen TK-Anlage entstehen werden. Im Ergebnis wird eine Entlastung der Ergebnisrechnung in Höhe von rd. 100.000 € erwartet.	
Stadtkämmerer **Löseke**	Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.